

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 33 (1986)
Heft: 1-2

Rubrik: Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nachlese vom Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz

Aufgebot, wenn der Sollzustand in der Ausbildung nicht erreicht ist

«Wie bei der Truppe, so soll auch in den Zivilschutzorganisationen die Ausbildung von den eigenen Vorgesetzten oder, soweit diese noch fehlen, von geeigneten Eingeteilten der Mannschaftsstufe getragen werden, sonst werden die Zivilschutzorganisationen nie mündig und handlungsfähig.» Dies steht in einem Papier, das am letzten Eidgenössischen Rapport besprochen wurde und in dem es darum geht, dass der Zivilschutz im Ernstfall seine Aufgaben erfüllen kann, auch wenn der Sollzustand in der Ausbildung nicht erreicht worden ist. Es geht unter anderem darum, dass in der Not auch geeignete Schutzdienstpflichtige mit Vorgesetzten- und Spezialistenfunktionen betraut werden können.

Bei allen seinen Tätigkeiten steht der Zivilschutz zwischen zwei Zielsetzungen, die sich nicht ohne weiteres auf den gleichen Nenner bringen lassen: Einerseits geht es um den sich über Jahrzehnte erstreckenden methodischen Aufbau im Hinblick auf das Erreichen eines bestimmten Sollzustandes, andererseits wird nun aber vom Zivilschutz zu Recht erwartet, dass er bei einem Aufgebot zum Ernstfall seine Aufgaben anpackt, unabhängig davon, wie weit der Sollzustand bereits erreicht worden ist. Dieses Denken in zwei Richtungen kam im Zivilschutz im Zusammenhang mit der Zuweisungsplanung erstmals in aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Nach Meinung des BZS muss es nun auch im

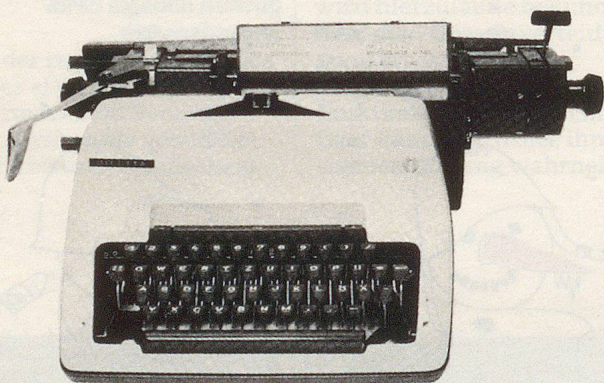
Bereich der Ausbildung zur Geltung kommen. Der Fall, dass die Leitungen und Formationen der Zivilschutzorganisationen eingesetzt werden müssen, bevor alle ihre Angehörigen, inbegriffen die Vorgesetzten und Spezialisten, ihre Grundausbildung erhalten haben, kann nicht ausser acht gelassen werden. Es wäre ein Trugschluss zu denken, dass nicht sein könne, was nicht sein dürfe.

Neben der Fortsetzung der bisher betriebenen systematischen dienst- und stufenbezogenen Ausbildung in den Kursen sowie deren fachtechnischen Vertiefung in den Übungen müssen deshalb die jährlichen Übungen auch genutzt werden, um alle gemäss Organigramm der betreffenden Zivilschutzorganisation zu bildenden Leitung und Formationen handlungsfähig zu machen. Konkret bedeutet dies,

- dass laufend mit den verfügbaren Schutzdienstpflichtigen die vorgesehenen Leitungen und Formationen gebildet werden, und zwar ungeachtet, ob die den Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse (WZSK) entsprechende fachtechnische Grundausbildung schon absolviert wurde; diese wird allerdings nicht etwa hinaufgeschoben, sondern ist sobald als möglich nachzuholen;
- dass die Vorgesetzten- und Spezialisten-

DILETTA

manuelle Schreibmaschine für die Beschriftung von Dienstbüchlein, Schiessbüchlein, Zivilschutzbüchlein sowie Personalausweisen.
Büchlein einspannen und schreiben!



Beratung – Verkauf – Service

**WILLY BALLMER +
THURNHERR AG**
MITINHABER R. COURVOISIER

3011 Bern, Gerechtigkeitsgasse 42, Telefon 031 22 25 26

Gestell / Hurde = Schutzraumliege TG 80

Jede in Friedenszeiten beschaffte und erstellte Schutzraum-Einrichtung erhöht die Wirksamkeit des Zivilschutzes im Ernstfall!

Die schockgeprüfte **Schutzraumliege TG 80** stimmt in den Grundzügen mit der stapelbaren BZS-Liege aus Holz (Einsatzunterlage 1322.00/3, vom März 1983) überein. Darüber hinaus ist die **Schutzraumliege TG 80** leichter montierbar und demontierbar. Sie eignet sich deshalb speziell auch als **Gestell oder Hurde** für die friedensmässige Nutzung des Schutzraum-Kellers.

Wir erstellen Ihnen die kompletten



Stücklisten

Wir liefern Ihnen den



Beschlagesatz

Neu!

Schutzraumliegen TG 80 für öffentliche Schutzräume mit Bundesbeitrag

**Metallwarenfabrik
Nägeli AG**
CH-8594 Güttingen
Telefon 072 65 11 11 Telex 882 218



Stanzteile
Werkzeuge

Kleinapparatebau
Stahlkugeln

Baum-, Reb- und
Gartenscheren

stufenfunktionen nach Sollbestand besetzt werden, nötigenfalls provisorisch auch durch Schutzdienstpflichtige, welche die vorgeschriebenen Grund- und Schulungskurse noch nicht bestanden haben.

Die Einsprachemöglichkeiten gegen die Einteilung müssen gewahrt werden. Vorgesetzte und Spezialisten dürfen nur formell ernannt werden, wenn die Voraussetzungen nach den WZSK erfüllt sind. Hingegen erachtet es das BZS überall dort, wo Vorgesetzten- und Spezialistenfunktionen noch nicht mit hierfür besonders ausgebildeten Schutzdienstpflichtigen besetzt werden können, als nötig und zulässig, einen Schutzdienstpflichtigen mit der entsprechenden Aufgabe zu betrauen. Allerdings behält dieser seine bisherige Funktionsstufe und kann nur zu den ihr entsprechenden Dienstleistungen nach Art. 54 Abs. 3 ZSG verpflichtet werden, wenn er nicht freiwillig bereit ist, zusätzliche Dienstleistungen zu übernehmen.

In den jährlichen Übungen der solchermaßen gebildeten Leitungen und Formationen geht es in erster Linie um die Arbeit im Verband, um das Sich-Kennenlernen, das Schaffen des Zusammenhangs sowie um das Einspielen des Dienstbetriebs. Diese Zielsetzung, in der es weniger um unmittelbare technische Ausbildungsergebnisse geht, ruft nach einer gewissen Übungsdauer, allenfalls auch dem Übernachten in Anlagen oder Schutzräumen, in didaktischer Hinsicht nach dem Verzicht auf die vielerorts noch übliche schulmässige Instruktion. Die aus Beruf und Militärdienst mitgebrachten Voraussetzungen sowie die besonderen persönlichen Fähigkeiten werden dabei dem Vorgesetzten und Spezialisten in wesentlicher Weise bei der Lösung dieser Aufgabe behilflich sein.

Der Ausbildungsstoff kann aus den Bedürfnissen eines vorzeitigen Ernstfalleinsatzes abgeleitet werden. Wesentlich erscheint, dass den Leitungen und Formationen konkrete Aufgaben gestellt werden, die sie mit den vorhandenen beruflichen oder den Trägern von Vorgesetzten- oder Spezialistenfunktionen in Vorkursen vermittelten Kenntnissen und gesundem Menschenverstand einigermaßen lösen können. Für Leitungen und Formationen, deren Angehörige und Vorgesetzte die vorgeschriebenen Kurse absolviert haben, sind selbstverständlich auch fachtechnisch anspruchsvollere Aufgabenstellungen angebracht. Zudem kann sich hier die Notwendigkeit der gezielten fachlichen Einzelausbildung ergeben.

Ein weites Gebiet von Übungsthemen kann sich daraus ergeben, dass im Ernstfall die gleiche Leitung oder Formation entsprechend der Entwicklung der Lage unter Umständen für unterschiedlichste Aufgaben eingesetzt werden muss. So könnte beispielsweise der Fall eintreten, dass die Angehörigen

bestimmter Formationen ganz oder teilweise anstelle noch fehlender Schutzraumchefs verwendet werden müssten.

Schliesslich ist zu verlangen, dass dem Ortschef als Verantwortlichem für den Einsatz auch die Verantwortung für die Regelung, Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Übungen übertragen wird. Dabei hat er sich im Rahmen allfälliger Weisungen des Kantons und der Gemeindebehörde zu bewegen. Er befindet sich damit in der gleichen Lage wie der Truppenkommandant der Armee im Wiederholungskurs.

Wie bei der Truppe, so soll auch in den Zivilschutzorganisationen die Ausbildung von den eigenen Vorgesetzten oder, soweit diese noch fehlen, von geeigneten Eingeteilten der Mannschaftsstufe getragen werden, sonst werden die Zivilschutzorganisationen nie mündig und handlungsfähig. Instruktoren können für die Schaffung von Übungsbeispielen und in den Vorkursen für die Vorbereitung der Träger von Vorgesetztenfunktionen sowie in der Übung selbst allenfalls für die Gewährleistung von Sicherheit eingesetzt

werden. Im übrigen sollen sie grundsätzlich nicht in Erscheinung treten.

Bei dieser Art von Übungen werden Fehlleistungen und Fehler nicht ausbleiben. Wir glauben aber, dass das Erlebnis, aus eigener Kraft – wenn auch vielleicht mit grossen Anfangsschwierigkeiten – eine Aufgabe zu meistern, sowohl für den betreffenden Verband als auch dessen einzelne Angehörige das Entscheidende ist. Die Kunst des Leiters einer solchen Übung besteht darin, einfache, konkrete Übungssituationen zu schaffen, welche unter Nutzung der vorhandenen, zum grossen Teil nicht beim Zivilschutz erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse mit gesundem Menschenverstand lösbar sind.

Abschliessend möchte das BZS den kantonalen Zivilschutzämtern nahelegen, ausgewählte Zivilschutzorganisationen zu Schritten in dieser Richtung zu veranlassen. Aufgrund der gemachten Erfahrungen, welche im Kreis der kantonalen Zivilschutzchefs ausgetauscht werden sollten, könnten nach und nach alle Zivilschutzorganisationen erfasst werden. ▀

Extrait du rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile

Mise sur pied de la protection civile avant la réalisation de l'état réglementaire dans l'instruction

«Comme pour la troupe, l'instruction doit être assumée, dans les organisations de protection civile, par les propres cadres ou, si ceux-ci font encore défaut, par des personnes appropriées choisies parmi le personnel. Sinon, lesdites organisations ne deviendront jamais ni majeures, ni opérationnelles.»

Voilà ce qu'expose un texte discuté au dernier Rapport fédéral; il faut qu'en cas de situation grave, la protection civile soit en mesure de remplir sa tâche, même si l'état réglementaire dans l'instruction n'est pas encore atteint. En cas de nécessité, des personnes astreintes ayant les capacités requises peuvent se voir confier des fonctions de cadres ou de spécialistes.

La protection civile se trouve confrontée à deux objectifs, qu'on ne peut ramener sans autre à un dénominateur commun. D'une part, il s'agit de développer méthodiquement la protection civile sur plu-

sieurs décennies, en vue d'atteindre un état réglementaire déterminé. D'autre part, on attend à bon droit de la protection civile qu'elle soit en mesure d'assumer ses tâches lors d'une mise sur pied en cas de situation grave, indépendamment du niveau déjà atteint de son état réglementaire.

Cette dualité s'est manifestée pour la première fois très clairement au moment de l'élaboration du plan d'attribution. On doit également en prendre conscience dans l'instruction. Les directions et les formations des organisations de protection civile pourraient être engagées avant que tous leurs membres, cadres et spécialistes compris, aient reçu leur instruction de base. C'est là un fait qu'on ne peut ignorer. Ce serait un paralogisme que de penser qu'à l'impossible nul n'est tenu.

C'est pourquoi il faut se servir des exercices annuels pour rendre opérationnelles toutes les directions et formations à former conformément à l'or-

ganigramme de l'organisation correspondante de la protection civile. En même temps, on poursuivra l'instruction dispensée jusqu'ici systématiquement par service et par classe dans les cours et on l'approfondira dans les exercices. Cela signifie concrètement ceci:

- Les directions et les formations prévues sont constituées des personnes disponibles astreintes à servir, qu'elles aient suivi ou non l'instruction technique de base que prévoient les prescriptions concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile (PCPC). Cette instruction ne tombe toutefois pas; elle doit être suivie dès que possible.
- Les fonctions de cadre et de spécialiste sont occupées selon l'état réglementaire; elles le seront, au besoin, provisoirement en recourant également à des personnes astreintes qui n'ont pas encore suivi les cours de base et les cours spéciaux.

Il y a lieu de préserver les possibilités d'opposition contre l'incorporation. Lorsque les conditions selon les PCPC sont remplies, les cadres et les spécialistes ne doivent être nommés que formellement. En revanche, l'OFPC considère comme utile et indiqué de confier, à une personne astreinte, une fonction de cadre ou de spécialiste, partout où

de telles fonctions ne peuvent être occupées par des personnes spécialement formées. Toutefois, cette personne conservera son ancien degré de fonction et ne pourra être obligée à accomplir les services correspondants à cette fonction conformément à l'article 54, 3^e alinéa LPCi, dans la mesure où elle n'est pas disposée à effectuer à titre volontaire des services supplémentaires.

Les exercices annuels des directions et des formations ainsi constituées permettent en premier lieu de travailler en formation, d'apprendre à se connaître, de créer la cohésion et d'exercer la marche du service. Il ne s'agit pas de rechercher des résultats techniques immédiats en matière d'instruction. Mais l'exercice sera d'une certaine durée et on devra, le cas échéant, passer la nuit dans les constructions ou les abris. De même, au plan didactique, on renoncera à l'instruction scolaire encore en usage ici ou là. Les cadres et les spécialistes tireront alors largement profit de leurs connaissances professionnelles et de celles acquises au service militaire ainsi que de leurs aptitudes particulières.

Les besoins que requiert une intervention anticipée due à une situation grave peuvent aussi fournir la matière d'enseignement. Il paraît essentiel de fixer des tâches concrètes aux directions et

aux formations. Celles-ci devront pouvoir les résoudre, en quelque sorte, grâce à leurs connaissances professionnelles ou à celles que les titulaires de fonctions de cadre ou de spécialiste acquièrent dans des cours préparatoires, et grâce aussi au bon sens. Il est évident qu'au plan technique, on exige davantage des directions et des formations dont les membres et les cadres ont suivi les cours prescrits. Par ailleurs, on peut aussi éprouver ici la nécessité d'une formation technique particulière. En cas de situation grave, la même direction ou formation doit être engagée, le cas échéant, à des tâches les plus diverses au vu de l'évolution de la situation. On peut en tirer de nombreux thèmes d'exercice. Il se pourrait, par exemple, que les membres de formations déterminées doivent fonctionner, entièrement ou en partie, à la place de chefs d'abris manquant encore.

Finalement, il faut exiger que la responsabilité de l'organisation, de la préparation et de l'exécution des exercices annuels incombe aussi au chef local, qui est responsable de l'intervention. Celui-ci se conformera aux instructions éventuelles du canton et de l'autorité communale. Il se trouve dans la même situation que le commandant de troupe de l'armée au cours de répétition.

Comme pour la troupe, l'instruction doit être assumée, dans les organisations de protection civile, par les propres cadres ou, si ceux-ci font encore défaut, par des personnes appropriées choisies parmi le personnel. Sinon, les dites organisations ne deviendront jamais ni majeures ni opérationnelles. Les instructeurs peuvent être mis à contribution pour élaborer des modèles d'exercice et, dans les cours préparatoires, pour préparer les titulaires d'une fonction de cadre ainsi qu'éventuellement pour assurer la sécurité lors d'un exercice. Pour le reste, ils ne doivent en principe pas intervenir.

Les prestations insuffisantes et les erreurs sont inévitables dans ce genre d'exercices. Nous croyons cependant que le fait de maîtriser une tâche par ses propres moyens, même au prix de grandes difficultés initiales, est décisif tant pour la formation concernée que pour chacun de ses membres. L'art du chef consiste à créer des situations d'exercice simples et concrètes qui peuvent être résolues par le bon sens et en mettant à profit les expériences et connaissances, en majeure partie non acquises dans la protection civile.

Pour conclure, l'OFPC voudrait suggérer aux offices cantonaux de la protection civile d'inciter des organisations choisies de protection civile à agir dans ce sens. Il serait possible de toucher peu à peu toutes les organisations de protection civiles sur la base des expériences faites, qu'on devrait échanger dans les rapports entre les chefs des offices cantonaux de la protection civile. ▣



**...für die Bau-Austrocknung
mietet man ihn schnell!**

Vermietung und Verkauf:
G. Kull AG, 8003 Zürich
Zurlindenstrasse 215a

Telefon
01 242 82 30
01 241 50 41

Nachlese vom Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der Kantonalen Ämter für Zivilschutz

Wenn die Kantone die Schutzräume beziehen lassen

Am letzten Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter wurde auch die Handhabung des Bezugs der Schutzräume im Fall der Delegation der Alarmierungsbefugnis an die Kantone besprochen. Denn es wird davon ausgegangen, dass der Bundesrat die Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Erteilung der nötigen Verhaltensanweisungen dann den Kantonen überträgt, wenn in ihrem Gebiet Kampfhandlungen vor sich gehen oder als unmittelbar bevorstehend beurteilt werden. Das BZS hat den Chefs empfohlen, schon jetzt die nötigen Schritte zur Handhabung des Schutzraumbezuges auf ihrer Stufe in die Wege zu leiten.

1. Einleitung

Der vorsorgliche Schutzraumbezug ist die zentrale Massnahme des Zivilschutzes schweizerischer Prägung. Die Pflicht, den Schutzraum zu beziehen, erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte zivile Bevölkerung desjenigen Gebietes, für welches der Schutzraumbezug angeordnet ist. Damit diese Massnahme über längere Zeit (Tage bis Wochen) aufrechterhalten werden kann, sind Lockerungen, die unter Inkaufnahme eines kalkulierten Risikos lagegemäss anzuordnen sind, unerlässlich.

Die folgenden Steuerungsmassnahmen dienen diesem Ziel:

- a) Die Rotation. Unter Rotation wird der abwechslungsweise, zeitlich beschränkte Aufenthalt von Schutzrauminsassen ausserhalb der Schutzräume zur Erleichterung eines längeren dauernden Schutzraumaufenthaltes verstanden. Sie ermöglicht es den Schutzrauminsassen zum Beispiel,
 - sich mit Lebensmitteln einzudecken;
 - sich zu Hause zu verpflegen;
 - Körperpflege zu betreiben;
 - Gepäck und Ausrüstung zu ergänzen;
 - Haustiere zu versorgen.
- b) Die Festlegung von Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt während der Dauer ihrer täglichen Arbeitszeit für bestimmte Kategorien von Berufstätigen. Diese Massnahme dient der Weiterführung lebenswichtiger Tä-

tigkeiten während des Schutzraumaufenthaltes der Bevölkerung. Dabei sind die folgenden Randbedingungen von Bedeutung:

- Die Kriegswichtigkeit eines Betriebes oder einer Produktion lässt sich nicht zum vorneherein festlegen. Sie ist nicht von der Betriebsgrösse abhängig und hat im weiteren auch keinen direkten Zusammenhang mit der Betriebsschutzpflicht.
- Dies hat zur Folge, dass entsprechende Produktionssteuerungen nicht eingeplant werden können. Die Anordnungen müssen von Fall zu Fall «aus dem Stand» getroffen werden.

Entsprechend der Entwicklung der Lage müssen Lockerungen des Schutz-

Schutzraumbezug

Steuerungsmassnahmen

1. Rotation

Abwechslungsweise, zeitlich beschränkter Aufenthalt von Schutzrauminsassen ausserhalb der Schutzräume.

Ziel: Erleichterung des Schutzraumaufenthaltes; Abdeckung persönlicher Bedürfnisse der Schutzrauminsassen.

2. Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt

während der Dauer der täglichen Arbeitszeit für Berufstätige.

Ziel: Weiterführung lebenswichtiger Tätigkeiten

3. Rückruf in die Schutzräume

(in dringenden Fällen durch Ortsleitung)

raumbezugs unverzüglich rückgängig gemacht werden können. Dies geschieht durch Rückruf der Bevölkerung in die Schutzräume. Er betrifft – sofern nichts anderes angeordnet wird – alle sich ausserhalb der Schutzräume befindenden Personen, ohne Unterscheidung zwischen Rotation und Ausnahmen von Schutzraumaufenthalt.

Die Anordnung des Schutzraumbezugs, die Festlegung der Rotationsquote und der Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt sowie der Rückruf der Bevölkerung in die Schutzräume sind rechtsverbindliche Verhaltensanweisungen im Sinne von ZSV Art. 4 Abs. 2, denen jedermann Folge zu leisten hat.

Die Handhabung der Lockerungen und des Rückrufs der Bevölkerung in die Schutzräume setzt die Abwägung vielfältiger Zielsetzungen und Interessen sowie die Beurteilung der in Kauf zu nehmenden Risiken voraus. Sie fällt in die Verantwortung derjenigen politischen Behörde, welche für die Anordnung der Alarmierung und die Erteilung von Verhaltensanweisungen zuständig ist (vgl. hierzu Art. 5 Abs. 1 ZSV). Die Fachinstanzen haben hier lediglich beratende Funktion.

Eine Ausnahmeregelung ist namentlich für den Fall örtlich überraschend eintretender Gefährdung vorgesehen. In diesem Fall ist für die Anordnung von Schutzmassnahmen die Ortsleitung zuständig.

2. Die Handhabung des Schutzraumbezugs auf Stufe Bund

2.1 Zuständigkeit

Die Zuständigkeiten auf Bundesstufe sind wie folgt geregelt:

- Sachbearbeitung (Federführung) = BZS
- Antragstellung = EJPD
- Entscheid = Bundesrat
- Verbreitung = Bundeskanzlei unter Inanspruchnahme der Dienste der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft bzw. der Abteilung Presse und Funkspruch.

Vorbehalten bleiben die Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen durch die nationale Alarmzentrale für dringliche Massnahmen im Falle erhöhter Radioaktivität.

2.2 Die Vorarbeiten

Ein lagegerechtes, rasches Handeln in ausserordentlichen Lagen erfordert einen hohen Vorbereitungsstand, welcher der für die Entscheide notwendigen Flexibilität Rechnung trägt. Demgemäss wurden nebst allgemeinen Arbeitshilfen und Entscheidungsgrundlagen Muster von Beschlüssen, Verlautbarungen und Presseinformationen in Varianten vorbereitet.

In bezug auf die Steuerungsmassnahmen des Schutzraumbezugs bedarf vor allem die

2.3 Regelung der Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt für Berufstätige

während der Dauer der täglichen Arbeitszeit frühzeitige Kontakte und Absprachen, was das BZS veranlasst, im folgenden näher auf diesen Problemkreis einzugehen:

Anforderungen an die Regelung

Die Regelung der Ausnahmen vom Schutzraumaufenthalt muss folgenden Anforderungen genügen:

- einfache, für die Adressaten klare Anordnungen;
- der Lage anpassbare Varianten;
- kurzfristig durchführbar;

- durchsetzbar;
- Missbräuche vermeidbar.

Lösungskonzept

In Absprache mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung hat man auf Bundesstufe folgende Lösung für die Ausnahmen vom Schutzraum-aufenthalt in Aussicht genommen:

a) Ausnahmen vom Schutzraum-aufenthalt sind je nach Lage zulässig für Berufstätige.

- die Gemeindebehörde nach Anhö- ren der Gemeindestelle für Lan- desversorgung für alle übrigen Betriebe.

2.4 Die Verbreitung von Verhaltensan- weisungen

Für die Verbreitung von Verhaltensan- weisungen bedient man sich - die örtli- che Alarmierung bei überraschend ein- tretenden Gefahren ausgenommen - wahlweise der folgenden Verfahren:

1. Mit Fernschreiber oder Telefon auf dem Dienstweg an die Ortsleitungen.
2. Mit amtlicher Mitteilung über Radio entweder:
 - a) als Dienstmeldung an die ZSO (Pflichtempfänger) oder
 - b) in den täglichen Radiosendungen (Nachrichten, Informationssen- dungen)
3. Durch Auslösung des Allgemeinen Alarms mit anschliessender amtli- cher Mitteilung über Radio.

Die Veranlassung von Schutzmassnah- men wird, insbesondere, wenn sie Ver- schärfungen und Auflagen bringen, mit Vorteil durch Informationen über Pres- se und Radio unterstützt.

Für die Wahl des Verfahrens der Ver- breitung von Verhaltensanweisungen sind die Dringlichkeit sowie die wünschbare Publizität ausschlagge- bend.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Anwendungsmöglichkeiten der Verfahren der Verbreitung anhand der Massnahmen zur Steuerung des Schutzraumbezugs.

3 Die Handhabung des Schutzraumbezugs bei Delegation der Alarmierungsbefugnis an die Kantone

3.1 Ausgangslage

Es ist davon auszugehen, dass der Bun- desrat die Verantwortlichkeit für die Anordnung der Alarmierung und Er- teilung der nötigen Verhaltensanwei- sungen dann den Kantonen überträgt, wenn in ihrem Gebiet Kampfhandlun- gen vor sich gehen oder als unmittelbar bevorstehend beurteilt werden.

Es ist weiter davon auszugehen, dass er in diesen Gebieten im fraglichen Zeit- punkt den Schutzraumbezug bereits angeordnet hat.

3.2 Umfang der Steuerung des Schutz- raumbezuges

Bei der geschilderten Ausgangslage geht es auf Kantonsstufe darum, die bereits bestehenden Anordnungen, das heisst die Rotation und die Ausnahmen vom Schutzraum-aufenthalt, der Lage anzupassen und, wo nötig, den Rückruf der Bevölkerung in die Schutzräume sowie allenfalls erhöhte Schutzstufen rechtzeitig zu verfügen.

3.3 Zu treffende Massnahmen

Um den Schutzraumbezug lagegerecht handhaben zu können, sind auf Stufe Kanton Vorbereitungen analog der Bundesstufe unerlässlich. Sie müssen durch die Stabsorganisation der Kan- tonsregierung oder durch die Fachstel- len der Kantone getroffen werden.

Als Vertreter des Zivilschutzes sind die Chefs der KAZS für die Beratung sowie die Anträge zuhanden der kantonalen Regierung in ihrem Sachbereich ver- antwortlich. Das BZS empfiehlt ihnen deshalb, die nötigen Schritte zur Hand- habung des Schutzraumbezuges auf ih- rer Stufe in die Wege zu leiten. Die Regelungen auf Bundesstufe können dabei Anregung und Hilfe sein. ▢

Ausnahmen vom Schutzraum-aufenthalt für Berufstätige

Kriterium für die Ausnahmen

Option 1: im Betrieb benötigt

Option 2: wichtige Tätigkeiten im Interesse der Landes- versorgung

Option 3: unaufschiebbare oder unerlässliche Tätigkei- ten im Interesse der Landesversorgung

Option 4: Erhaltung wichtiger Be- triebseinrichtungen

- Option 1: Soweit sie im Betrieb be- nötigt werden.
- Option 2: Soweit sie im Betrieb für die Durchführung wichti- ger Tätigkeiten im Inter- esse der Landesversor- gung benötigt werden.
- Option 3: Soweit sie im Betrieb für die Durchführung unauf- schiebbarer oder uner- lässlicher Tätigkeiten im Interesse der Landesver- sorgung benötigt werden.
- Option 4: Deren Anwesenheit im Betrieb für die Erhaltung wichtiger Betriebsein- richtungen unerlässlich ist.

- b) Die Betriebe bezeichnen die Perso- nen, die entsprechend den Bestim- mungen nach Ziffer a) vom Schutz- raum-aufenthalt ausgenommen sind.
- c) In Zweifelsfällen hinsichtlich der Berechtigung der Ausnahmen ent-

Ausnahmen vom Schutzraum-aufenthalt für Berufstätige

Zuständigkeiten

1. Bezeichnung der Personen, die vom Schutzraum-aufenthalt ausge- nommen sind = Betrieb

2. Entscheid in Zweifelsfällen für öffentliche und konzessionierte Betriebe = Betriebsleitung für die übrigen Betriebe = Gemeindebehörde nach Anhören der Gemeindestelle für Landesversorgung

scheidet auf Ersuchen des Ortschefs - die Betriebsleitung für die öffent- lichen und konzessionierten Be- triebe;

Verbreitung von Verhaltensanweisungen

Wahl des Verfahrens (Beispiele)

Massnahme	Verbreitung
Änderung der Rotation	Var. 1: mit Fernschreiber oder Telefon auf dem Dienstweg an die Ortsleitung Var. 2: mit amtlicher Mitteilung als Dienstmeldung über Radio
Änderung der Ausnah- men vom Schutzraum- aufenthalt	Mit amtlicher Mitteilung über Radio in den täglichen Radiosendungen an die Adresse der Betriebe
Rückruf der Bevölkerung in die Schutzräume	Mit allgemeinem Alarm und anschliessender amtlicher Mitteilung über Radio an jedermann

Extrait du Rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile

Quand les cantons peuvent-ils faire occuper les abris?

Lors du dernier Rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile, les participants ont abordé la question de l'occupation des abris au cas où la compétence en matière d'alarme est déléguée aux cantons. En effet, on considère que le Conseil fédéral confiera aux cantons la responsabilité d'ordonner l'alarme et de diffuser les instructions nécessaires sur la manière de se comporter lorsque des combats se déroulent sur leur territoire ou semblent imminents. L'OFPC a recommandé d'entreprendre dès à présent les démarches utiles en vue de l'organisation de l'occupation des abris à leur échelon.

1. Introduction

L'occupation préventive des abris constitue la mesure centrale de la protection civile suisse. L'obligation d'occuper les abris s'étend, en principe, à l'ensemble de la population de la région, lorsque l'ordre en est donné. Pour que cette occupation puisse durer pendant un certain temps (des jours ou des semaines), il est indispensable de prévoir certains assouplissements, qui seront ordonnés en tenant compte d'un risque calculé.

Les mesures suivantes poursuivent cet objectif:

a) La rotation. Par rotation, on entend le séjour, limité dans le temps et alterné, des occupants des abris à l'extérieur de ceux-ci. Cette rotation a pour but de faciliter un séjour d'une certaine durée dans les abris.

Occupation des abris

Mesures de régulation

1. Rotation

Séjour, limité dans le temps et alterné, des occupants des abris à l'extérieur de ceux-ci

But: Faciliter le séjour dans l'abri; satisfaire des besoins personnels des occupants

2. Exemptions du séjour dans l'abri

de personnes exerçant une activité professionnelle pendant la durée de leur travail quotidien

But: Poursuivre des activités d'importance vitale

3. Rappel de la population dans les abris

(dans des cas urgents par la direction locale)

Elle permet, par exemple, aux occupants:

- de se ravitailler en denrées alimentaires;
- de prendre un repas à la maison;
- de s'occuper des soins corporels;
- de compléter leur bagage et l'équipement;
- de s'occuper des animaux domestiques.

b) La fixation d'exemptions du séjour dans l'abri de catégories déterminées de personnes exerçant une activité professionnelle, pour la durée de leur travail quotidien. Cette mesure permet de poursuivre des activités d'importance vitale, lorsque la population occupe les abris. On notera à cet égard les deux observations suivantes:

- Il n'est, à première vue, pas aisé de déterminer l'importance que revê-

Exemptions du séjour dans l'abri de personnes exerçant une activité professionnelle

Critères d'exemption

- Option 1: Personnes nécessaires dans l'établissement
- Option 2: activités importantes dans l'intérêt de l'approvisionnement économique du pays
- Option 3: activités qu'on ne peut différer ou qui sont indispensables dans l'intérêt de l'approvisionnement économique du pays
- Option 4: Maintien d'installations importantes

tirait un établissement ou une production en temps de guerre. Cette importance ne dépend pas de la grandeur de l'entreprise et pas davantage de l'obligation de créer un organisme de protection d'établissement.

- On ne peut pas dès lors planifier la production en conséquence. Les dispositions seront prises de cas en cas.

Suivant l'évolution de la situation, on peut revenir sans délai sur les assouplissements apportés à l'occupation des abris. C'est le cas lorsqu'on procède au rappel de la population dans les abris. Cet ordre concerne toutes les personnes se trouvant hors des abris sans distinction, qu'elles bénéficient de la rotation ou de l'exemption pour la durée de leur travail quotidien, pour autant qu'aucun autre ordre n'ait été donné.

L'ordre d'occuper les abris, la fixation des taux de rotation et des exemptions du séjour ainsi que le rappel de la population dans les abris constituent des instructions à caractère obligatoire au sens de l'article 4 OPCi, 2^e alinéa, auxquelles chacun doit se conformer.

Les assouplissements et le rappel de la population dans les abris sont décidés après avoir examiné les objectifs et les intérêts divers, et apprécié les risques à prendre. La responsabilité en la matière incombe à l'autorité politique à laquelle incombe de donner l'alarme et d'émettre les instructions sur la manière de se comporter (voir à ce sujet l'article 5, 1^{er} alinéa OPCi). Les organes spécialisés n'exercent ici qu'une fonction de conseiller.

Une réglementation exceptionnelle est prévue, notamment en cas de danger localisé et subit. La direction locale est alors habilitée à ordonner des mesures de protection.

2. Ordre d'occuper les abris donné par la Confédération

2.1 Compétences

Les compétences à l'échelon de la Confédération sont réglées comme il suit:

- Organe chargé des travaux (rôle directeur) = OFPC
- Requête, proposition = DFJP
- Décision = Conseil fédéral
- Diffusion = Chancellerie fédérale, en recourant aux services de la Société suisse de radiodiffusion et télévision, ou de la Division presse et radio

Demeurent réservées l'alarme et la diffusion d'instructions sur la manière de se comporter par la Centrale nationale d'alarme, lorsqu'il s'agit de prendre des mesures urgentes en cas d'augmentation de la radioactivité.

2.2 Les préparatifs

Pour agir rapidement et judicieusement dans des situations extraordinaires, il faut un haut niveau de préparation qui laisse la flexibilité nécessaire aux prises de décision. Aussi, outre les bases de décisions et les documents de travail généraux, a-t-on préparé des modèles de décisions, de communications et d'informations de presse.

Arrêtons-nous aux mesures touchant l'occupation des abris:

2.3 La réglementation des exemptions du séjour dans l'abri de personnes exerçant une activité professionnelle

pour la durée de leur travail quotidien, exige qu'on ait des contrats et des discussions suffisamment tôt. C'est ainsi que l'OFPC est amené à examiner de plus près ce problème.

Exigences

La réglementation des exemptions du

séjour dans l'abri doit répondre aux exigences suivantes:

- comporter des ordres simples, que les destinataires comprennent facilement;
- contenir des variantes adaptables à la situation;
- être exécutable à bref délai;
- être acceptable;
- permettre d'éviter des abus.

Conception de la solution

Après entente avec l'Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays, nous avons envisagé, à l'échelon de la Confédération, la solution suivante pour les exemptions du séjour dans l'abri:

- a) Des exemptions du séjour dans l'abri sont, suivant la situation, admises pour des personnes exerçant une activité professionnelle;
- Option 1: pour autant que l'établissement en ait besoin;
- Option 2: pour autant qu'elles soient nécessaires, dans l'établissement, à l'exécution d'activités importantes dans l'intérêt de l'approvisionnement économique du pays;
- Option 3: pour autant qu'elles soient nécessaires, dans l'établissement, à l'exécution d'activités qu'on ne peut différer ou qui sont indispensables dans l'intérêt de l'approvisionnement économique du pays;
- Option 4: dont la présence dans l'établissement est indispensable au maintien d'installations importantes.
- b) Les établissements désignent les personnes à exempter du séjour dans l'abri, conformément aux dispositions sous lettre a).

- par la direction de l'établissement s'il s'agit d'entreprises publiques et concessionnaires,
- par l'autorité communale pour tous les autres établissements, après consultation de l'office communal pour l'approvisionnement économique du pays.

2.4 La diffusion des instructions sur la manière de se comporter

La diffusion des instructions sur la manière de se comporter - à l'exception de l'alarme en cas de danger localisé et subit - s'effectue, au choix, de la manière suivante:

1. par télécopieur ou téléphone aux directions locales, en respectant la voie de service;
2. par une communication officielle à la radio, soit
 - a) en tant qu'avis de service aux OPC (destinataires officiels), soit
 - b) dans les émissions quotidiennes (nouvelles, diffusion d'informations)
3. par le déclenchement de l'alarme générale, suivie d'une communication à la radio.

La prise de mesures de protection sera, de préférence, soutenue par des informations dans la presse et à la radio, surtout si les mesures en question amènent des complications et des charges. Lorsqu'il s'agit de choisir le mode de diffusion des instructions sur la manière de se comporter, on considérera en premier lieu l'urgence et le degré de publicité souhaitable.

Le tableau ci-après montre les possibilités d'utilisation des modes de diffusion à l'appui des mesures touchant l'occupation des abris.

3. Occupation des abris en cas de délégation de la compétence en matière d'alarme aux cantons

3.1 Situation de départ

On admettra que le Conseil fédéral peut confier aux cantons la responsabilité de l'ordre d'alarmer et de la communication des instructions nécessaires sur la manière de se comporter, lorsque des faits de guerre se produisent sur leur territoire ou sont considérés comme imminents.

On part aussi de l'idée que le Conseil fédéral aurait déjà ordonné l'occupation des abris quand la situation deviendrait critique sur ces territoires.

3.2 Etendue de l'occupation des abris

Vu la situation de départ décrite, il appartient au canton d'adapter à la situation les ordres déjà donnés, c'est-à-dire la rotation et les exemptions du séjour dans l'abri et, si nécessaire, de décider à temps le rappel de la population dans les abris ou des degrés de protection plus élevés.

3.3 Mesures à prendre

Pour procéder à l'occupation des abris dès que la situation l'exige, le canton doit effectuer des préparatifs, comme le fait la Confédération. Il appartient à l'état-major du gouvernement cantonal ou aux services spécialisés du canton de les prendre.

En tant que représentants de la protection civile, les chefs des offices cantonaux de la protection civile ont, dans leur domaine, la charge de conseiller et celle d'élaborer des propositions à l'intention du gouvernement cantonal. Aussi l'OFPC leur recommande-t-il d'entreprendre, à leur échelon, les démarches utiles portant sur l'occupation des abris. Les réglementations élaborées par la Confédération peuvent inspirer et aider. ▣

Exemptions du séjour dans l'abri de personnes exerçant une activité professionnelle

Compétences

1. Désignation des personnes,

à exempter du séjour dans l'abri = établissement

2. Décision dans des cas douteux

pour des entreprises publiques et concessionnaires = direction de l'établissement

pour les autres établissements = autorité communale, après consultation de l'office communal pour l'approvisionnement économique du pays

- c) Lorsque l'opportunité des exemptions est mise en doute, la décision est prise, sur requête du chef local

Diffusion des instructions sur la manière de se comporter

Choix du procédé (exemples)

Mesures	Diffusion
Modification de la rotation	Var. 1: Par télécopieur ou par téléphone à la direction locale, en respectant la voie de service Var. 2: Par une communication officielle sous forme de message diffusé par la radio
Modification des exemptions du séjour dans l'abri	Par communication officielle à l'adresse des établissements, diffusée par la radio dans les émissions quotidiennes
Rappel de la population dans les abris	Par l'alarme générale, suivie d'une communication officielle diffusée par la radio et s'adressant à chacun